

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Beschlüsse der Verbandsversammlung am 07.11.2018	2
Gebührensatzung	2
Beitragsatzung I für die erstmalige Herstellung	8
Beitragsatzung II für Altanschlussnehmer	13

Impressum: Amtsblatt für den Abwasserzweckverband Merseburg;

Herausgeber: Verbandsgeschäftsführerin des AZV Merseburg, Dienstsitz Bahnhofstraße 29a, 06258 Schkopau; Telefon: 03461/54797010; Fax: 03461/54797029; E-Mail: info@azv-merseburg.de; Postanschrift: Postfach 1552, 06205 Merseburg
Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf. Es wird für den Zeitraum von zwei Wochen am Dienstsitz des AZV Merseburg zur Einsichtnahme ausgelegt. Das Amtsblatt kann zum Preis von 1.- € je Stück, zuzgl. Versandkosten, abonniert werden. Neben dem Abo ist auch ein Einzelbezug möglich. Der Preis ist der gleiche je Amtsblatt.

Für die Gemeinden des AZV Merseburg wird das Amtsblatt kostenlos zur Verfügung gestellt.

Verantwortlich, Bezug und Information: AZV Merseburg, Postfach 1552, 06205 Merseburg; Telefon: 0346154797010; Fax: 03461/54797029; E-Mail: info@azv-merseburg.de, Internet: www.azv-merseburg.de

Beschluss-Nr.: 06/18

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat den Beschluss zur Auswahl des Wirtschaftsprüfers für die Jahre 2018 bis 2020 gefasst.

Beschluss-Nr.: 09/18

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Gebührensatzung beschlossen.

Beschluss-Nr.: 10/18

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Beitragssatzung I für die erstmalige Herstellung beschlossen.

Beschluss-Nr.: 11/18

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Beitragssatzung II für Altanschlussnehmer beschlossen.

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung des
Abwasserzweckverbandes Merseburg
- Gebührensatzung -**

Auf der Grundlage von §§ 8 und 99 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), §§ 9 und 16 Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) und § 5 Kommunalabgabengesetz Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) in den derzeit geltenden Fassungen hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Merseburg in der Sitzung am 07.11.2018 die nachfolgende Satzung beschlossen.

I. Abschnitt

§ 1 Allgemein

Der Abwasserzweckverband Merseburg betreibt zur Erfüllung der Aufgaben der Abwasserbeseitigung rechtlich selbständige öffentliche Abwasseranlagen als jeweils eine einheitliche öffentliche Einrichtung zur:

1. zentralen Schmutzwasserbeseitigung,
2. dezentralen Entsorgung von Fäkalschlämmen aus mechanisch wirkenden Vorkläreinrichtungen, Grundstückskleinkläranlagen oder Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben und
3. zentralen Niederschlagswasserbeseitigung

nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) in der jeweils geltenden Fassung.

II. Abschnitt

Abwassergebühren

§ 2 Grundsätze

(1) Der Abwasserzweckverband erhebt Abwassergebühren für:

- die zentrale Schmutzwasserbeseitigung,
- die dezentrale Entsorgung und
- die Niederschlagswasserbeseitigung.

(2) Für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen sind, werden können oder in diese entwässern. Für die Inanspruchnahme der dezentralen Entsorgung werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die tatsächlich angeschlossen sind.

(3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Ist ein vermessenes und im Grundbuch eingetragenes bürgerlich-rechtliches Grundstück nicht vorhanden, gilt als Grundstück die vom Gebührenpflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche.

(4) Zuviel erhobene Abwassergebühren werden verrechnet oder erstattet.

§ 3 Gebührenmaßstäbe zur zentralen Schmutzwasserentsorgung

(1) Die Abwassergebühr für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wird als Grund- und Mengengebühr erhoben.

(2) Die Grundgebühr ist für den Ausgleich der Vorhalteleistungen des Abwasserzweckverbandes bestimmt. Sie bemisst sich nach der Größe des Wasserzählers. Ist kein Wasserzähler vorhanden, wird die kleinste Wasserzählergröße zum Ansatz gebracht. Sind ausnahmsweise mehrere Grundstücke an einen Grundstücksanschluss angeschlossen, entsteht die Grundgebühr für alle Grundstücke.

(3) Die Mengengebühr wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Berechnungseinheit für die Mengengebühr ist 1 m³ Abwasser.

(4) Als in die zentrale öffentliche Abwasseranlage gelangt gelten:

1. die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Trinkwassermenge,
2. die auf dem Grundstück gewonnene oder / und dem Grundstück sonst zugeführte Brauchwassermenge,
3. die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.

(5) Brauchwasser für sanitäre oder ähnliche abwasserrelevanten Prozesse aus Hausbrunnen oder Regenwasserrückhalteanlagen ist über Nebenwasserzähler festzustellen.

(6) Nebenwasserzähler sind beim Abwasserzweckverband unter Beifügung einer Rechnungskopie, der Wasserzählernummer, des Einbaudatums und der Eichfrist zu beantragen. Nebenwasserzähler sind sach- und fachgerecht einzubauen und vom Abwasserzweckverband abnehmen zu lassen. Die Kosten der Genehmigung, des Einbaus und der Abnahme von Nebenwasserzählern trägt der Gebührenschuldner. Dem Abwasserzweckverband ist die Kontrolle von Nebenwasserzählern zugelassen.

(7) Hat ein Trinkwasser- oder Nebenwasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, konnte eine Ablesung nicht vorgenommen werden oder verweigert der Grundstückseigentümer die Ablesung des Wasser- / Nebenwasserzählers wird die Trinkwasser-, Brauchwasser- bzw. Abwassermenge vom Abwasserzweckverband unter Zugrundelegung des tatsächlichen Verbrauches bzw. der Einleitmengen geschätzt. Die Schätzung ist auch auf der Grundlage von Daten möglich, die vor oder nach Ablauf des Kalenderjahres vorliegen. Bei defekten Abwassermesseinrichtungen kann der Verbrauch zudem nach der Fördermenge einer im Betrieb befindlichen Pumpstation ermittelt werden. Dazu sind Betriebsstundenzähler in Einsatz zu bringen, die den Förderstrom und die Pumplaufzeiten messen.

(8) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangen, werden auf Antrag abgesetzt bei:

1. der Nutzung von Trinkwasser zur Gartenbewässerung. Die Abnahmemenge ist hier über Nebenwasserzähler zu messen.
2. Trinkwasser, das bei Rohrbrüchen o.ä. nicht in die Kanalisation gelangt. Der Grundstückseigentümer hat hier entsprechende Nachweise beizubringen.

Trinkwasser zur Befüllung von Pools ist nicht absetzfähig.

(9) Bei folgenden Gewerbebetrieben werden auf Antrag Trinkwassermengen pauschal abgesetzt:

- | | |
|---------------------------------------|------|
| 1. Bäckereien | 10 % |
| 2. Fleischereien ohne Essenproduktion | 10 % |
| 3. Fleischereien mit Essenproduktion | 15 % |
| 4. Autowaschanlagen | 10 % |
| 5. Wäschereien | 10 % |

Der Antrag ist jährlich rechtzeitig vor Beginn des neuen Kalenderjahres beim Abwasserzweckverband zu stellen.

§ 4 Gebührenmaßstäbe zur dezentralen Entsorgung

(1) Die Gebühr für die dezentrale Entsorgung wird als Grund- und Mengengebühr erhoben.

(2) Die Grundgebühr ist für den Ausgleich der Vorhalteleistungen des Abwasserzweckverbandes bestimmt. Sie bemisst sich nach der Anzahl und Größe der pro Grundstück vorhandenen Abwasserbeseitigungsanlagen.

(3) Die Mengengebühr wird nach der abgefahrenen Menge von Fäkalschlamm und Fäkalabwasser berechnet. Die abgefahrte Menge wird am Entsorgungsfahrzeug gemessen und ist vom Gebührenpflichtigen oder einem von ihm benannten Vertreter durch Unterschrift auf dem Entsorgungsnachweis zu bestätigen.

§ 5 Gebührenmaßstäbe zur Niederschlagswasserbeseitigung

(1) Die Abwassergebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der überbauten und befestigten Grundstücksfläche (Gebührenbemessungsfläche) berechnet, von der das Niederschlagswasser direkt oder indirekt in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Berechnungsgrundlage für die Gebühr ist 1 m².

(2) Zur Ermittlung der tatsächlichen Gebührenbemessungsfläche werden die in der **Anlage** festgelegten Abflussbeiwerte zugrunde gelegt. Die Gebührenbemessungsfläche wird auf volle m² gerundet.

(3) Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband die Berechnungsgrundlagen mitzuteilen. Maßgebend sind die zu Beginn der Einleitung bestehenden Verhältnisse. Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitteilungspflicht nicht nach, kann der Abwasserzweckverband die Berechnungsdaten schätzen.

§ 6 Gebührensätze

(1) zentrale Schmutzwasserbeseitigung

Die Grundgebühr beträgt je Wasserzähler bzw. Wasserzählergröße:

Wasserzählergröße		Schmutzwasserbeseitigung mit direkter Einleitung
Neu	alt (Qn)	EUR pro Monat
Q ¾	bis 2,5	10,00
Q 3/10	6	24,00
Q 3/16	10	40,00
Q 3/25	15	60,00
Q 3/40	40	160,00
Q 3/63	60	240,00
Q 3/100	150	600,00

Die Mengengebühr für die Schmutzwasserbeseitigung beträgt 3,48 EUR pro m³

(2) dezentrale Entsorgung

Die Grundgebühr beträgt je Anlagengröße und Monat:

Anlagengröße je m ³	EUR pro Monat
bis 6	5,00
bis 10	8,33
über 10	10,00

Die Mengengebühr beträgt für:

1. Fäkalabwässer aus abflusslosen Sammelgruben: 12,15 EUR pro m³
2. Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen: 35,52 EUR pro m³

(2) Niederschlagswasserbeseitigung

Die Gebühr beträgt: 1,29 EUR pro m²

§ 7 Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig ist der Grundstückseigentümer. Ist ein Erbbaurecht oder ein sonstiges dingliches Recht am Grundstück bestellt, tritt der Erbbauberechtigte oder der dinglich Nutzungsberechtigte an die Stelle des Grundstückseigentümers. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

(2) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendervierteljahres auf den neuen Gebührenpflichtigen über. Versäumt der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel, haftet er für die Abwassergebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim Abwasserzweckverband anfallen, neben dem neuen Gebührenpflichtigen.

(3) Soweit der Grundstückseigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte nicht ermittelt werden können bzw. sie ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachkommen, kann der Abwasserzweckverband hilfsweise auf die Mieter und Pächter des Grundstückes für den ihnen zurechenbaren Anteil der Abwassergebühr zurückgreifen, die die Abwasserbeseitigungsanlagen des Abwasserzweckverbandes benutzen.

§ 8 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht für die Abwasserbeseitigung entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden kann oder vom Grundstück Abwässer (Schmutz- und / oder Niederschlagswasser) der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage zugeführt werden.

(2) Die Gebührenpflicht für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung erlischt, sobald der Grundstücksanschluss beseitigt ist und die Zuführung von Abwässern (Schmutz- und / oder Niederschlagswasser) zur öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage des Abwasserzweckverbandes endet.

(3) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr bei der dezentralen Entsorgung entsteht, sobald und solange auf dem Grundstück eine betriebsfertige Anlage errichtet ist. Sie entsteht auch dann, wenn der Abwasserzweckverband im jeweiligen Kalenderjahr eine Entleerung nicht vorgenommen hat.

(4) Die Gebührenpflicht für die Mengengebühr bei der dezentralen Entsorgung steht nach der Entleerung.

(5) Die Gebührenpflicht für die dezentrale Entsorgung erlischt, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und die zentrale öffentliche Anlage benutzt wird.

(6) Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraumes, entsteht die Gebührenschuld zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung.

§ 9 Erhebungszeitraum

Der Erhebungszeitraum für die Abwassergebühr ist das Kalenderjahr, an dessen Ende die Gebührenschuld entsteht. Wird die Abwassergebühr für Abwassermengen erhoben, die durch Wasserzähler ermittelt werden, ist der Erhebungszeitraum ebenfalls das Kalenderjahr.

§ 10 Veranlagung

(1) Die Abwassergebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie kann zusammen mit anderen Abgaben erhoben werden.

(2) Wird die Abwassergebühr nach der durch Wasserzähler ermittelten Trinkwassermenge ermittelt, sind für die Veranlagung die tatsächlich verbrauchten Wassermengen im Erhebungszeitraum zugrunde zu legen. Liegen für den Erhebungszeitraum gemessene Wassermengen nicht vollständig vor, kann der Abwasserzweckverband die zu verbrauchenden Wassermengen für den verbleibenden Zeitraum schätzen.

(3) Für die Ermittlung der Trinkwasserverbrauchsdaten werden beauftragt:

1. MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH für die Städte Merseburg, Braunsbedra Ortsteil Frankleben, Goethestadt Bad Lauchstädt mit den Ortsteilen Bad Lauchstädt, Großgräfendorf, Milzau und Schafstädt sowie die Gemeinde Schkopau mit den Ortsteilen Schkopau, Knapendorf und Ermlitz
2. EWAG Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH für die Stadt Mücheln Ortsteile Langeneichstädt und Wünsch sowie die Goethestadt Bad Lauchstadt Ortsteil Klobikau
3. ZWAG Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal für die Stadt Mücheln Ortsteile Oechlitz und Schmirma
4. HWS Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH für die Gemeinde Schkopau Ortsteil Korbetha

(4) Guthaben aus der Abrechnung des Erhebungszeitraumes werden mit der ersten und maximal der zweiten Vorausleistung für das laufende Kalenderjahr verrechnet. Darüber hinaus bestehende Guthaben werden zurückerstattet.

(5) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festgesetzte Abwassergebühr sind monatliche Abschlagszahlungen als Vorausleistung auf die künftige Abgabenschuld im laufenden Kalenderjahr zu leisten. Die Höhe der Abschlagszahlungen wird durch Bescheid nach den Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt. Abschläge unter 12 EUR werden nicht erhoben.

(6) Entsteht die Gebührenpflicht erstmalig im Laufe eines Kalenderjahres, wird bei der zentralen Schmutzwasserbeseitigung der Abschlagszahlung diejenige Abwassermenge zugrunde gelegt, die dem tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats nach der Entstehung der Gebührenpflicht entspricht. Der Gebührenpflichtige hat den tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats dem Abwasserzweckverband auf dessen Aufforderung unverzüglich mitzuteilen. Kommt der

Gebührenpflichtige dieser Aufforderung nicht nach, kann der Abwasserzweckverband den Wasserverbrauch schätzen.

§ 11 Fälligkeit

Die Abwassergebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig. Endet die Monatsfrist an einem Samstag, Sonntag oder allgemeinen Feiertag, tritt die Fälligkeit mit Ablauf des nächsten Werktages ein.

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 12 Auskunfts- und Duldungspflicht

(1) Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband oder einem von ihm Beauftragten jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühr erforderlich ist. Der Abwasserzweckverband ist berechtigt, Prozesse der Abwasserbeseitigung auf dem Grundstück vor Ort zu kontrollieren und Daten zu erheben.

(2) Der Abwasserzweckverband ist berechtigt, Verbrauchsdaten des Gebührenpflichtigen, wie Abwassermengen, von Dritten zu erhalten und über Datenträger übertragen zu bekommen.

§ 13 Anzeigepflicht

(1) Jede Veränderung der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Abwasserzweckverband vom Veräußerer, Erwerber oder Dritten innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

(2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abwassergebühr beeinflussen, hat der Gebührenpflichtige dieses dem Abwasserzweckverband unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Diese Verpflichtung besteht für den Gebührenpflichtigen, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

(3) Ist zu erwarten, dass sich im Laufe des Kalenderjahres die Abwassermenge um mehr als die 50 % der Abwassermenge des Vorjahres erhöhen oder verringern wird, hat der Gebührenpflichtige hiervon den Abwasserzweckverband unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

(4) Die Abnahmemenge am Nebenwasserzähler hat der Gebührenpflichtige dem Verband zum 30.11. des laufenden Jahres schriftlich nachzuweisen. Der Anspruch auf Absetzung erlischt für das Kalenderjahr, wenn die abzusetzenden Mengen nicht rechtzeitig gemeldet werden, die Eichfrist abgelaufen ist oder die Genehmigung und Abnahme nicht bezahlt wurde. Bei Meldungen in der nächsten Abrechnungsperiode erfolgt die Absetzung nur anteilig für das letzte Kalenderjahr.

§ 14 Datenverarbeitung

(1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Gebührenpflichtigen sowie zur Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühren ist die Verarbeitung von personen- und grundstücksbezogenen Daten nach Maßgabe der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Datenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zulässig (DSG LSA).

(2) Der Abwasserzweckverband darf personen- und grundstücksbezogene Daten zum Zwecke der Grundsteuerfestsetzung, des Liegenschaftsbuches, des Melderechts, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung nutzen und sich von anderen Behörden übermitteln lassen.

§ 15 Billigkeitsregelung

(1) Ansprüche aus dem Gebührenschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Gebührenschuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist die Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können die Ansprüche ganz oder zum Teil erlassen werden.

(2) Anträge auf Stundung sind vor Eintritt der Fälligkeit beim Abwasserzweckverband zu stellen. Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband die unbillige Härte nachzuweisen.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 16 Abs. 2 S. 2 KAG LSA handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. dem Abwasserzweckverband die Wassermengen für den abgelaufenen Erhebungszeitraum nicht innerhalb der folgenden zwei Monate anzeigt,
2. einen Wasserzähler oder Nebenwasserzähler nicht sach- und fachgerecht einbaut, nicht sach- und fachgerecht einbauen lässt oder Plomben beschädigt,
3. dem Abwasserzweckverband den Umfang der bebauten und befestigten Grundstücksfläche innerhalb eines Monats nicht mitteilt,
4. dem Abwasserzweckverband die Berechnungsgrundlagen für die Gebührenmaßstäbe der Niederschlagswasserbeseitigung nicht mitteilt,
5. dem Abwasserzweckverband den tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats nach der erstmaligen Benutzung nicht mitteilt,

6. dem Abwasserzweckverband oder einem von ihm Beauftragten keine Auskunft erteilt, die zur Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühren erforderlich ist,
7. seiner Anzeigepflicht nach § 13 dieser Satzung nicht nachkommt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 16 KAG LSA mit einer Geldbuße bis zu 10.000 EUR geahndet werden.

§ 17 Ermächtigung

Der Verbandsgeschäftsführer wird ermächtigt, diese Satzung in der geltenden Fassung bekannt zu machen. Offensichtliche Schreibfehler können dabei korrigiert werden.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Abwassergebührensatzung wird im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes bekannt gemacht und tritt einen Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig endet der zeitliche Anwendungsbereich der Vorschriften der Abwassergebührensatzung vom 13.12.2017.

Schkopau, den 08.11.2018

gez. Sonnenkalb
Verbandsgeschäftsführerin

-Siegel-

Anlage

Ermittlung der Gebührenbemessungsfläche für Niederschlagswasser

Bei der Ermittlung der Gebührenbemessungsfläche für die angeschlossenen, bebauten und/oder befestigten Flächen werden die im folgenden genannten Flächengruppen mit den verschiedenen Abflussfaktoren (in Anlehnung an DIN 1986) berücksichtigt:

Flächengruppen	Faktor
- Dachflächen	1,0
- begrünte Dachflächen	0,4
- Betonflächen, Asphalt	1,0
- Verbundpflaster, Plattenbeläge mit durchlässigen Fugen	0,6
- Rasengittersteine	0,1
- Sonstige gering versiegelte Flächen (wie Kunststoffwaben, Splitt- oder Schotterflächen, durchlässige Pflaster-Beläge, Schotterrasen o.ä.)	0,1

Die Gebührenbemessungsfläche wird bei Vorhandensein von baulichen (ortsfesten) Anlagen (Niederschlagswasserspeicher mit und ohne Drosselabfluss, Versickerungsanlagen) mit einem Mindestfassungsvolumen von 10 m³ und einer ganzjährigen Nutzung, durch die die öffentliche Abwasseranlage entlastet wird, um folgende Flächen bis maximal zur Gebührenbemessungsfläche gemindert:

Gruppe der baulichen Anlagen	Abzugsfläche
- Niederschlagswasserspeicher mit und ohne Drosselabfluss (Bemessung mit Drosselabfluss nach ATV A 117)	15 m ² /m ³ Speichervolumen
- Versickerungsanlagen (Bemessung nach ATV A-138)	45 m ² /m ³ Speichervolumen

Die Gebührensatzung wurde ausgefertigt, unterschrieben, gesiegelt und archiviert.

Satzung
über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung des
Abwasserzweckverbandes Merseburg
(Abwasserbeitragssatzung I)

Aufgrund der §§ 8 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) für das Land Sachsen-Anhalt vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit geltenden Fassung, der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG LSA) vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) in der derzeit geltenden Fassung und des § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), in der derzeit geltenden Fassung wird folgende Satzung erlassen:

Abschnitt I

§ 1

Allgemeines

- (1) Der Abwasserverband Merseburg betreibt Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen (öffentliche Abwasseranlagen) als eine jeweils einheitliche öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) in der derzeit geltenden Fassung.
- (2) Der Verband erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 1. Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die zentrale öffentliche Abwasseranlage zur Schmutzwasserbeseitigung einschließlich der Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (Abwasserbeiträge),
 2. Kostenerstattungen für zusätzliche Grundstücksanschlüsse für Schmutzwasser, für Anschlüsse an Altkanäle (Baujahr vor Inkrafttreten des KAG LSA vom 11.6.1991) sowie Grundstücksanschlüsse für Niederschlagswasser.

Abschnitt II

Abwasserbeitrag

§ 2

Grundsatz

- (1) Der Verband erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Gebühren gedeckt ist, für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlage zur Schmutzwasserbeseitigung Abwasserbeiträge von den Beitragspflichtigen im Sinne von § 6 Abs. 8 KAG LSA, denen durch die Inanspruchnahme oder die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Leistungen ein Vorteil entsteht.
- (2) Der Abwasserbeitrag deckt auch die Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Revisions-/Vakuumübergabeschacht auf dem zu entwässernden Grundstück).

§ 3

Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an eine zentrale öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind oder angeschlossen werden können und für die
 1. eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 2. eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Ist ein vermessenes und im Grundbuch eingetragenes bürgerlich-rechtliches Grundstück nicht vorhanden, so gilt die von dem Beitragspflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche als Grundstück. Der Beitragspflichtige ist in diesem Fall verpflichtet, die Grundstücksgröße nachprüfbar, insbesondere durch amtliche Dokumente, nachzuweisen. Durch die nachträgliche katastermäßige Vermessung eintretende Veränderungen der Bemessungsflächen bleiben unberücksichtigt.

§ 4

Beitragsmaßstab

Der Abwasserbeitrag wird bei der Schmutzwasserbeseitigung nach einem nutzungsbezogenen Maßstab berechnet.

- (1) Zur Ermittlung des nutzungsbezogenen Beitrages werden für das erste Vollgeschoss 100 % und für jedes weitere Vollgeschoss 60 % der Grundstücksfläche - in tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Kerngebieten (§ 7

BauNVO)

für das erste Vollgeschoss 200 % und für jedes weitere Vollgeschoss 120 % der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht.

Dabei gelten als Vollgeschoss alle Geschosse, deren Deckenhöhe im Mittel mehr als 1,60 m über die Geländeoberfläche (GOK) hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m haben.

Zwischendecken oder Zwischenböden, die unbegehbare Hohlräume von einem Geschoss abtrennen, bleiben bei der Anwendung des Satzes 1 unberücksichtigt.

Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt. Besteht im Einzelfall wegen der Besonderheiten des Bauwerks in ihm kein Vollgeschoss nach den vorgenannten Regelungen, so wird bei industriell oder gewerblich genutzten Grundstücken je vollendete 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je vollendete 2,30 m Höhe der Baulichkeit (Traufhöhe) ein Vollgeschoss angesetzt,

- (2) Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken,
1. die insgesamt im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks, wenn es baulich oder gewerblich nutzbar ist;
 2. die teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und
 - a) mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen - die Gesamtfläche des Grundstücks, wenn es baulich oder gewerblich nutzbar ist;
 - b) mit der Restfläche im Außenbereich liegen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen – die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, wenn für diese darin eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist;
 3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen sowie bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen – die Fläche im Satzungsgebiet, wenn diese baulich oder gewerblich genutzt werden kann;
 4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht und die nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen,
 - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
 - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks, höchstens jedoch die Fläche zwischen der jeweiligen Straßenbegrenzung und einer Grenzlinie, an der sich der Innenbereich vom Außenbereich abgrenzt,
 5. die über die sich nach Nr. 2 lit. b) oder Nr. 4 lit. b) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze bzw. im Falle von Nr. 4 der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Linie dazu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht;
 6. für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Wochenendhausgebiet oder eine sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist (z.B. Dauerkleingärten, Schwimmbäder, Camping- und Festplätze nicht aber Flächen für die Landwirtschaft, Sportplätze und Friedhöfe) oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, 75 % der Grundstücksfläche;
 7. für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Sportplatz oder als Friedhof festgesetzt ist oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, sowie bei Grundstücken, für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt ist, die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die GRZ 0,2. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt;
 8. die im Außenbereich liegen und bebaut sind, die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die GRZ 0,2. Die so

- ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt;
9. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und für die durch eine rechtsverbindliche Fachplanung (Planfeststellung, bergrechtlich Betriebsplan oder ähnlicher Verwaltungsakt) eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist (z.B. Abfalldeponie, Untergrundspeicher pp.), die Fläche des Grundstücks, auf die sich die rechtsverbindliche Fachplanung (Planfeststellung, Betriebsplan oder ähnlicher Verwaltungsakt) bezieht, wobei solche Flächen unberücksichtigt bleiben, die abwasserrelevant nicht nutzbar sind.
- (3) Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt bei Grundstücken
1. die ganz oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen (Abs. (2) Nr. 1 und 2)
 - a) die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse;
 - b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 Bau NVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe auf ganze Zahlen aufgerundet.
 - c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl auf ganze Zahlen aufgerundet;
 - d) auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene,
 - e) für die in einem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl bestimmt ist, wenn
 - aa) für sie durch Bebauungsplan eine Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt ist, die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - bb) für die durch Bebauungsplan eine Nutzung als Wochenendhausgebiet festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 - cc) die in anderen Baugebieten liegen, der in der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte und/oder tatsächlich vorhandene (§ 34 BauGB) Berechnungswert nach lit. a) - c);
 2. für die durch Bebauungsplan eine sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist (z.B. Dauerkleingärten, Schwimmbäder, Camping-, Sport- und Festplätze sowie Friedhöfe) oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden, die Zahl von einem Vollgeschoss;
 3. auf denen die Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1 lit. a) bzw. lit. d) und e) sowie Nr. 2 oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c) überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c);
 4. für die kein Bebauungsplan besteht, die aber ganz oder teilweise innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (Abs. 2 Nr. 4), wenn sie
 - a) bebaut sind, die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - b) unbebaut sind, die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse;
 5. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und bebaut sind, die Zahl der Vollgeschosse der angeschlossenen Baulichkeit;
 6. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und aufgrund einer rechtsverbindlichen Fachplanung, bergbaurechtlichem Betriebsplan oder ähnlichen Verwaltungsakte (vgl. Abs. 2 Nr. 9) abwasserrelevant nutzbar sind,
 - a) die höchste Zahl der durch die Fachplanung zugelassenen Vollgeschosse,
 - b) die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse, wenn die Fachplanung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält, jeweils bezogen auf die Fläche nach Abs. 2 Nr. 9.
- (4) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder § 35 Abs. 6 BauGB liegen, sind zur Feststellung der Zahl der Vollgeschosse die Vorschriften entsprechend anzuwenden, wie sie bestehen für
1. Bebauungsplangebiete, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind;
 2. die im Zusammenhang bebauten Ortsteile, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.

§ 5**Beitragssatz**

- (1) Der Beitragssatz für die Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen beträgt bei der Schmutzwasserbeseitigung
3,68 EUR/m²
- (2) Der Beitragssatz für die Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen Abwasseranlagen werden im Einzelfall unter Angabe des Abgabentatbestandes in einer besonderen Satzung festgelegt.

§ 6**Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Ist das Grundstück mit einem dinglichen Nutzungsrecht nach Art. 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Inhaber dieses Rechts beitragspflichtig.
- (2) Für Grundstücke und Gebäude, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Eigentümers der Verfügungsberechtigte i.S. von § 8 Abs. 1 des Vermögenszuordnungsgesetzes.
- (3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 7**Entstehung der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht jeweils mit der betriebsfertigen Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasseranlage für das zu entwässernde Grundstück und dem Inkrafttreten der ersten wirksamen Satzung.
- (2) Im Falle des § 3 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem tatsächlichen Anschluss, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung.

§ 8**Vorausleistung**

Auf die künftige Beitragsschuld können angemessene Vorausleistungen verlangt werden, sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist. Die Vorausleistung ist mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen, auch wenn der Vorausleistende nicht beitragspflichtig ist.

§ 9**Veranlagung, Fälligkeit**

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung einer Vorausleistung.

§ 10**Ablösung**

In Fällen, in denen die Beitragspflicht nach dieser Satzung noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden. Die Höhe des Ablösungsbetrages ist nach Maßgabe des in § 4 bestimmten Beitragsmaßstabes und des in § 5 (1) festgelegten Beitragssatzes zu ermitteln. Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht nach dieser Satzung endgültig abgegolten.

§ 11**Billigkeitsregelungen**

- (1) Ausgehend von einer Durchschnittsgröße der nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienenden Grundstücke im Entsorgungsgebiet des Verbandes mit 960 m² gelten derartige Wohngrundstücke als i.S. von § 6 c Abs. 2 Satz 1 KAG-LSA übergroß, wenn die nach § 4 Abs. 2 zu berechnende Vorteilsfläche die vorgenannte Durchschnittsgröße um 30 v.H. (Begrenzungsfläche) oder mehr überschreitet. Derartige in diesem Sinne übergroße Wohngrundstücke werden in Größe der Begrenzungsfläche in vollem Umfang, hinsichtlich der die Begrenzungsfläche bis um 50 v.H. übersteigenden Vorteilsfläche zu 50 v.H. und wegen einer darüber hinaus bestehenden Vorteilsfläche zu 30 v.H. des sich nach § 4 i.V. mit § 5 zu berechnenden Abwasserbeitrages herangezogen.
- (2) Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die auf der durch § 4 Abs. 2 Nr. 1 - 4 bestimmten Grundstücksfläche oder auf einem unter § 4 Abs. 2 Nr. 5, 8 oder 9 fallendes Grundstück errichtet

sind, und die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage auslösen oder nicht angeschlossen werden dürfen und auch tatsächlich nicht angeschlossen sind, bleiben beitragsfrei (§ 6 c Abs. 3 KAG-LSA). Der Beitragsfreiheit solcher Gebäude oder selbständigen Gebäudeteile ist dergestalt Rechnung zu tragen, dass die beitragsfreien Gebäude oder selbständigen Gebäudeteile bei der Feststellung der Zahl der Vollgeschosse nach § 4 Abs. 3 und Abs. 4 unberücksichtigt bleiben.

- (3) Ansprüche aus dem Abgabeschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder zum Teil erlassen werden.

III. Abschnitt

Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse

§ 12

Entstehung des Erstattungsanspruchs

- (1) Stellt der Verband für ein Grundstück einen weiteren Grundstücksanschluss oder für eine von einem Grundstück, für das die Beitragspflicht bereits entstanden ist, abgeteilte und zu einem Grundstück verselbständigte Teilfläche einen eigenen Grundstücksanschluss oder nach dessen Beseitigung einen neuen Grundstücksanschluss an die zentrale öffentliche Abwasseranlage her (zusätzliche Grundstücksanschlüsse), so sind dem Verband die Aufwendungen für die Herstellung solch zusätzlicher Grundstücksanschlüsse in der tatsächlichen Höhe zu erstatten.
- (2) Stellt der Verband für ein Grundstück einen Grundstücksanschluss an einen Niederschlagswasserkanal oder einen Altkanal her, erstattet der Grundstückseigentümer die Aufwendungen in der tatsächlichen Höhe.
- (3) Die §§ 6, 8 und 10 dieser Satzung gelten entsprechend. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses.

§ 13

Fälligkeit

Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

Abschnitt IV

Schlussvorschriften

§ 14 Auskunfts- und Duldungspflicht

- (1) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben dem Verband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist.
- (2) Der Verband kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Abs. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfange zu helfen.

§ 15

Datenverarbeitung

- (1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Abgabepflichten sowie zur Festsetzung und Erhebung dieser Abgaben ist die Verarbeitung der hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten (Vor- und Zuname der Abgabepflichtigen und deren Anschriften; Grundstücksbezeichnung nebst Größe und Grundbuchbezeichnung) gemäß Artikel 5 und 6 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung durch den Verband zulässig.
- (2) Der Verband darf die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches, des Melderechts, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung bekannt gewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Abs. 1 genannten Zwecke nutzen und sich die Daten von den entsprechenden Behörden (z.B. Finanz-, Kataster-, Einwohnermelde- und Grundbuchamt) übermitteln lassen, was auch im Wege automatischer Abrufverfahren erfolgen kann.

§ 16

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig i.S. von § 16 Abs. 2 Nr. 2 KAG LSA handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. entgegen § 14 Abs. 1 die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
 2. entgegen § 14 Abs. 2 verhindert, dass der Verband an Ort und Stelle ermitteln kann und die dazu erforderliche Hilfe verweigert.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Beitragssatzung tritt rückwirkend zum 23.10.2015 für Abschnitt III und alle anderen Abschnitte am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes Merseburg in Kraft.

Schkopau, den 08.11.2018

gez. Sonnenkalb
Verbandsgeschäftsführerin

-Siegel-

Diese Beitragssatzung wurde ausgefertigt, unterschrieben, gesiegelt und archiviert.

Satzung
über die Erhebung von Schmutzwasserbeiträgen für Altanschlussnehmer für die
Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes Merseburg
(Abwasserbeitragssatzung II)

Aufgrund der §§ 8 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) für das Land Sachsen-Anhalt vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit geltenden Fassung, der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG LSA) vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) in der derzeit geltenden Fassung und des § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) in der derzeit geltenden Fassung wird folgende Satzung erlassen:

Abschnitt I

§ 1

Allgemeines

- (1) Der Abwasserzweckverband Merseburg (nachfolgend AZV genannt) betreibt Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen (öffentliche Abwasseranlagen) als eine jeweils einheitliche öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) in der derzeit geltenden Fassung.
- (2) Mit dieser Satzung trägt der AZV der Rechtsprechung des OVG LSA zu den sogenannten „besonderen Herstellungsbeiträgen für Altanschlussnehmer“ Rechnung.
- (3) Der Verband erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 - a) Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die Erneuerung der Altanlageanteile der zentralen öffentlichen Abwasseranlage zur Schmutzwasserbeseitigung (Abwasserbeiträge) von den Altanschlussnehmern. Als Altanschlussnehmer werden solche Grundstückseigentümer bezeichnet, deren Grundstücke bereits vor dem 15.06.1991 – In Kraft treten des KAG LSA- faktisch an eine zentrale Abwasseranlage angeschlossen gewesen sind bzw. die Möglichkeit der Inanspruchnahme hatten.
 - b) Kostenerstattungen für zusätzliche Grundstücksanschlüsse für Schmutzwasser sowie Grundstücksanschlüsse für Niederschlagswasser an diese Altanlagen.

Abschnitt II

Abwasserbeitrag

§ 2

Grundsatz

- (1) Der AZV erhebt, soweit der Aufwand nicht auf andere Weise gedeckt ist, für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlage zur Schmutzwasserbeseitigung Abwasserbeiträge von den Beitragspflichtigen im Sinne von § 6 Abs. 8 KAG LSA, denen durch die Inanspruchnahme oder die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Leistungen ein besonderer wirtschaftlicher Vorteil entsteht.
- (2) Der AZV erhebt, soweit der Aufwand nicht auf andere Weise gedeckt ist, für die Anschaffung, Herstellung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlage zur Schmutzwasserbeseitigung Abwasserbeiträge von den Beitragspflichtigen im Sinne von § 6 Abs. 8 KAG LSA, deren Grundstücke bereits vor dem 15.06.1991 an die zentrale öffentliche Abwasseranlage angeschlossen waren oder die Möglichkeit der Inanspruchnahme hatten, einen besonderen Abwasserbeitrag zur Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme gebotenen besonderen wirtschaftlichen Vorteile.
- (3) Der Abwasserbeitrag deckt auch die Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Revisionsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück).

§ 3**Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an eine zentrale öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind oder angeschlossen werden können und für die
1. eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 2. eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Ist ein vermessenes und im Bestandsverzeichnis des Grundbuches unter einer eigenen Nummer eingetragenes bürgerlich-rechtliches Grundstück nicht vorhanden, so gilt die von dem Beitragspflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche als Grundstück. Der Beitragspflichtige ist in diesem Fall verpflichtet, die Grundstücksgröße nachprüfbar, insbesondere durch amtliche Dokumente, nachzuweisen. Durch die nachträgliche katastermäßige Vermessung eintretende Veränderungen der Bemessungsflächen bleiben unberücksichtigt.

§ 4**Beitragsmaßstab**

1. Der Abwasserbeitrag wird bei der Schmutzwasserbeseitigung nach einem nutzungsbezogenen Maßstab berechnet.
- (1) Zur Ermittlung des nutzungsbezogenen Beitrages werden für das erste Vollgeschoss 100 % und für jedes weitere Vollgeschoss 60 % der Grundstücksfläche - in tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Kerngebieten (§ 7 BauNVO) für das erste Vollgeschoss 200 % und für jedes weitere Vollgeschoss 120 % der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht.
- Dabei gelten als Vollgeschoss alle Geschosse, deren Deckenhöhe im Mittel mehr als 1,60 m über die Geländeoberfläche (GOK) hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m haben. Zwischendecken oder Zwischenböden, die unbegehbare Hohlräume von einem Geschoss abtrennen, bleiben bei der Anwendung des Satzes 1 unberücksichtigt. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt. Besteht im Einzelfall wegen der Besonderheiten des Bauwerks in ihm kein Vollgeschoss nach den vorgenannten Regelungen, so wird bei industriell oder gewerblich genutzten Grundstücken je vollendete 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je vollendete 2,30 m Höhe der Baulichkeit (Traufhöhe) ein Vollgeschoss angesetzt.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken,
1. die insgesamt im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks, wenn es baulich oder gewerblich nutzbar ist;
 2. die teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und
 - a) mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen - die Gesamtfläche des Grundstücks, wenn es baulich oder gewerblich nutzbar ist;
 - b) mit der Restfläche im Außenbereich liegen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen – die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, wenn für diese darin eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist;
 3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen sowie bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, - sofern sie nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen – die Fläche im Satzungsbereich, wenn diese baulich oder gewerblich genutzt werden kann;
 4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht und die nicht unter Nr. 6 oder Nr. 7 fallen
 - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
 - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks, höchstens jedoch die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 40 m dazu verläuft; bei Grundstücken, die nicht an eine Straße angrenzen oder nur durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der der Straße zugewandten

Grundstücksseite und einer Linie, die im gleichmäßigen Abstand von 40 m zu ihr verläuft.

5. die über die sich nach Nr. 2 lit. b) oder Nr. 4 lit. b) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze bzw. im Falle von Nr. 4 der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Linie dazu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht;
 6. für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Wochenendhausgebiet oder eine sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist (z.B. Dauerkleingärten, Schwimmbäder, Camping- und Festplätze nicht aber Flächen für die Landwirtschaft, Sportplätze und Friedhöfe) oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, 75 % der Grundstücksfläche;
 7. für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Sportplatz oder als Friedhof festgesetzt ist oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, sowie bei Grundstücken, für die durch Bebauungsplan oder Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB die Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt ist, die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die GRZ 0,2. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt;
 8. die im Außenbereich liegen und bebaut sind, die Grundfläche der an die Abwasseranlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die GRZ 0,2. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt;
 9. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und für die durch eine rechtsverbindliche Fachplanung (Planfeststellung, bergrechtlich Betriebsplan oder ähnlicher Verwaltungsakt) eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist (z.B. Abfalldeponie, Untergrundspeicher pp.), die Fläche des Grundstücks, auf die sich die rechtsverbindliche Fachplanung (Planfeststellung, Betriebsplan oder ähnlicher Verwaltungsakt) bezieht, wobei solche Flächen unberücksichtigt bleiben, die abwasserrelevant nicht nutzbar sind.
- (3) Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt bei Grundstücken
1. die ganz oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen (Abs. (2) Nr. 1 und 2)
 - a) die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse;
 - b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe auf ganze Zahlen aufgerundet.
 - c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl auf ganze Zahlen aufgerundet;
 - d) auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene;
 - e) für die in einem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl bestimmt ist, wenn
 - aa) für sie durch Bebauungsplan eine Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt ist, die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - bb) für sie durch Bebauungsplan eine Nutzung als Wochenendhausgebiet festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 - cc) die in anderen Baugebieten liegen, der in der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte und/oder tatsächlich vorhandene (§ 34 BauGB) Berechnungswert nach lit. a) - c);
 2. für die durch Bebauungsplan eine sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist (z.B. Dauerkleingärten, Schwimmbäder, Camping-, Sport- und Festplätze sowie Friedhöfe) oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden, die Zahl von einem Vollgeschoss;
 3. auf denen die Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1 lit. a) bzw. lit. d) und e) sowie Nr. 2 oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c) überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach

- der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c);
4. für die kein Bebauungsplan besteht, die aber ganz oder teilweise innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (Abs. 2 Nr. 4), wenn sie
 - a) bebaut sind, die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - b) unbebaut sind, die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse;
 5. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und bebaut sind, die Zahl der Vollgeschosse der angeschlossenen Baulichkeit;
 6. die im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen und aufgrund einer rechtsverbindlichen Fachplanung, bergbaurechtlichem Betriebsplan oder ähnliche Verwaltungsakte (vgl. Abs. 2 Nr. 9) abwasserrelevant nutzbar sind,
 - a) die höchste Zahl der durch die Fachplanung zugelassenen Vollgeschosse,
 - b) die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse, wenn die Fachplanung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält, jeweils bezogen auf die Fläche nach Abs. 2 Nr. 9.
- (4) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder § 35 Abs. 6 BauGB liegen, sind zur Feststellung der Zahl der Vollgeschosse die Vorschriften entsprechend anzuwenden, wie sie bestehen für
1. Bebauungsplangebiete, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind;
 2. die im Zusammenhang bebauten Ortsteile, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.

§ 5

Beitragssatz

- (1) Der Beitragssatz für die Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen hinsichtlich der Altanschlussnehmer beträgt bei der Schmutzwasserbeseitigung

1,41 EUR/m².

- (2) Der Beitragssatz für die Anschaffung, Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen werden im Einzelfall unter Angabe des Abgabentatbestandes in einer besonderen Satzung festgelegt.

§ 6

Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Ist das Grundstück mit einem dinglichen Nutzungsrecht nach Art. 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Inhaber dieses Rechts beitragspflichtig.
- (2) Für Grundstücke und Gebäude, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Eigentümers der Verfügungsberechtigte i.S. von § 8 Abs. 1 des Vermögenszuordnungsgesetzes.
- (3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 7

Entstehung der Beitragspflicht

Die Beitragspflicht für Altanschlussnehmer entsteht grundsätzlich mit in Kraft treten dieser Beitragssatzung und ausnahmsweise in den Fällen, in denen im Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Satzung kein Grundstücksanschluss besteht oder nicht mehr besteht, mit Errichtung des Grundstücksanschlusses für das jeweilige Grundstück. Die konkrete Erneuerung von Anlagenteilen vor dem Grundstück ist für die Entstehung der Beitragspflicht nicht notwendig. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt (OVG LSA) tritt die Bevorteilung der sogenannten Altanschlussnehmer bereits dann ein, wenn die Altanlagen als öffentliche Einrichtung gewidmet werden und der jeweilige Aufgabenträger die Verantwortung für die Anlagen übernimmt und eine entsprechende Satzung zur Veranlagung von Altanschlussnehmern in Kraft getreten ist.

§ 8

Veranlagung, Fälligkeit

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 9**Billigkeitsregelungen**

- (1) Ausgehend von einer Durchschnittsgröße der nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienenden Grundstücke im Entsorgungsgebiet des Verbandes mit 960 m² gelten derartige Wohngrundstücke als i.S. von § 6 c Abs. 2 Satz 1 KAG LSA übergroß, wenn die nach § 4 Abs. 2 zu berechnende Vorteilsfläche die vorgenannte Durchschnittsgröße um 30 v.H. (Begrenzungsfläche) oder mehr überschreitet. Derartige in diesem Sinne übergroße Wohngrundstücke werden in Größe der Begrenzungsfläche (1.248 m²) in vollem Umfang, hinsichtlich der die Begrenzungsfläche bis um 50 v.H. übersteigenden Vorteilsfläche zu 50 v.H. und wegen einer darüber hinaus bestehenden Vorteilsfläche zu 30 v.H. des sich nach § 4 i.V. mit § 5 zu berechnenden Abwasserbeitrages herangezogen.
- (2) Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die auf der durch § 4 Abs. 2 Nr. 1- 4 bestimmten Grundstücksfläche oder auf einem unter § 4 Abs. 2 Nr. 5, 8 oder 9 fallendes Grundstück errichtet sind, und die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage auslösen oder nicht angeschlossen werden dürfen und auch tatsächlich nicht angeschlossen sind, bleiben beitragsfrei (§ 6 c Abs. 3 KAG LSA). Der Beitragsfreiheit solcher Gebäude oder selbständigen Gebäudeteile ist dergestalt Rechnung zu tragen, dass die beitragsfreien Gebäude oder selbständigen Gebäudeteile bei der Feststellung der Zahl der Vollgeschosse nach § 4 Abs. 3 und Abs. 4 unberücksichtigt bleiben.
- (3) Ansprüche aus dem Beitragsschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder zum Teil erlassen werden. Die Entscheidung über Billigkeitsmaßnahmen steht unter dem Vorbehalt, nach Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Einzelfall zu sozialverträglichen Belastungen zu gelangen. Für die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Beitragsschuldverhältnis gelten insbesondere die §§ 218 bis 223, 224 Abs. 1 und 2, §§ 225, 226, 227 Abs. 1, §§ 228 bis 232, § 233 bis 240 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

III. Abschnitt**Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse****§ 10****Entstehung des Erstattungsanspruchs**

- (1) Stellt der Verband für ein Grundstück einen weiteren Grundstücksanschluss oder für eine von einem Grundstück, für das die Beitragspflicht bereits entstanden ist, abgeteilte und zu einem Grundstück verselbständigte Teilfläche einen eigenen Grundstücksanschluss oder nach dessen Beseitigung einen neuen Grundstücksanschluss an die zentrale öffentliche Abwasseranlage her (zusätzliche Grundstücksanschlüsse), so sind dem Verband die Aufwendungen für die Herstellung solcher zusätzlicher Grundstücksanschlüsse in der tatsächlichen Höhe zu erstatten.
- (2) Stellt der Verband für ein Grundstück einen Grundstücksanschluss an einen Niederschlagswasserkanal, erstattet der Grundstückseigentümer die Aufwendungen in der tatsächlichen Höhe.
- (3) Die §§ 6, 8 und 10 dieser Satzung gelten entsprechend. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses. Wird der Antrag von einem Besitzer gestellt, entsteht der Anspruch vor der Herstellung des Anschlusses.

§ 11**Fälligkeit**

Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

Abschnitt IV**Schlussvorschriften****§ 12****Anzeige-, Auskunfts- und Duldungspflicht**

- (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Verband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Belege für den Eigentumswechsel sind vorzulegen.
- (2) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben dem Verband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist.
- (3) Der Verband kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Abs. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen.

§ 13

Datenverarbeitung

- (1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Abgabepflichten sowie zur Festsetzung und Erhebung dieser Abgaben ist die Verarbeitung der hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten (Vor- und Zuname der Abgabepflichtigen und deren Anschriften; Grundstücksbezeichnung nebst Größe und Grundbuchbezeichnung) gemäß Artikel 5 und 6 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung durch den Verband zulässig.
- (2) Der Verband darf die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches, des Melderechts, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung bekannt gewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Abs. 1 genannten Zwecke nutzen und sich die Daten von den entsprechenden Behörden (z.B. Finanz-, Liegenschafts-, Einwohnermelde- und Grundbuchamt) übermitteln lassen, was auch im Wege automatischer Abrufverfahren erfolgen kann.

§ 14

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig i.S. von § 16 Abs. 2 Nr. 2 KAG LSA handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. entgegen § 12 Abs. 1 den Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück nicht innerhalb eines Monats schriftlich anzeigt;
 2. entgegen § 12 Abs. 2 die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
 3. entgegen § 12 Abs. 3 verhindert, dass der Verband an Ort und Stelle ermitteln kann und die dazu erforderliche Hilfe verweigert.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 15

Ermächtigung des Verbandsgeschäftsführers

Der Verbandsgeschäftsführer wird ermächtigt, bei der Bekanntmachung der Satzung offensichtliche Schreibfehler zu korrigieren.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Beitragssatzung für Altanschlussnehmer tritt rückwirkend zum 01.08.2014 in Kraft (Datum der Ausfertigung der durch Ersatzvornahme verfügten Satzung) und ersetzt die gleichnamige Satzung vom 01.08.2014. Sie wird im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes Merseburg bekannt gemacht.

Schkopau, den 08.11.2018

gez. Sonnenkalb

Verbandsgeschäftsführerin

-Siegel-

Diese Beitragssatzung wurde ausfertigt, unterschrieben, gesiegelt und archiviert.
